

Auszug aus **Streifzüge** bei **Context XXI**

(<http://contextxxi.org/kommunismus-nach-1989-die.html>)

erstellt am: 20. September 2024

Datum dieses Beitrags: August 2016

Kommunismus nach 1989: Die Transformation der Klassenfrage

n FRANZ SCHANDL

mit G. M. Tamás

3. Mai 2016, 19 Uhr
Institut für Wissenschaft und Kunst
Berggasse 17, 1090 Wien

G.M. Tamás liefert für das traditionelle westlich-marxistische Verständnis neue Ansätze und bereichert die Diskussion nicht nur im Hinblick auf die Geschichte des »real existierenden Sozialismus« und dessen Niedergang, sondern ebenso für das Selbstverständnis einer Linken weltweit, die sich in der Krise neu finden muss. 2015 ist sein Buch „Kommunismus nach 1989. Beiträge zu Klassentheorie, Realsozialismus und Osteuropa“ (hg. und übersetzt von Gerold Wallner) erschienen. In seinem

Vortrag spricht er über die Aktualität der Klassenfrage, ihre Transformationen, Verschleierungen und Verzerrungen.

G. M. Tamás, geboren 1948 in Rumänien, Studium der Philosophie. Berufsverbot, 1978 Emigration nach Ungarn, Lehrtätigkeit an der Universität Budapest, 1980 auch dort Berufsverbot. Seit 1986 Lehrtätigkeiten in Harvard, MIT, Collège de France. 1989 Rehabilitation und Rückkehr nach Ungarn. 1991 bis 2011 an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Gründungsmitglied des SzDSz und Parlamentsabgeordneter, verlässt die Partei Ende der 1990er. Abkehr vom Liberalismus und Hinwendung zum Marxismus, seit 2010 Vorsitzender der Partei Grüne Linke. Au-

tor der *Streifzüge*.

Franz Schandl: Geboren 1960 in Eberweis/Niederösterreich. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Wien. Lebt dortselbst als Historiker und Publizist und verdient seine Brötchen als Journalist wider Willen. Redakteur der Zeitschrift *Streifzüge*. Diverse Veröffentlichungen, gem. mit Gerhard Schattauer Verfasser der Studie „Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft“, Wien 1996. Aktuell: Nikolaus Dimmel/Karl A. Immervoll/Franz Schandl (Hg.), „Sinnvoll tätig sein, Wirkungen eines Grundeinkommens“, Wien 2019.